

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Städtebauliches Moratorium für Signa-Projekte am Kurfürstendamm und Hermannplatz

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, alle städtebaulichen Vorhaben in seiner Zuständigkeit, welche durch die Signa-Gruppe und ihre Tochterunternehmen in Berlin in Planung oder Umsetzung sind, auf den Prüfstand zu stellen sowie alle weiteren Schritte, die auf die Schaffung von Baurechten abzielen, auszusetzen. Ein solches Planungsmoratorium muss auch die im Letter of Intent des Landes mit Signa und der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH aus 2020 genannten Vorhaben einschließen, insbesondere am Kurfürstendamm und Hermannplatz. Gleiches gilt für jegliche Vermögensgeschäfte zwischen dem Land Berlin und der Signa-Gruppe oder deren Unternehmensbeteiligungen.

Die aktuellen Entwicklungen rund um den Signa-Konzern und dessen Eigentümer*innen bestätigen, dass diese keine zuverlässigen Partner sind. Es ist nicht im Interesse der Stadt und der Berliner*innen, Bau- und Eigentumsrechte für Signa und seine Tochterunternehmen zu schaffen, die ganz offensichtlich nur darauf abzielen, durch die Wertsteigerungen von Liegenschaften das gescheiterte Geschäftsmodell eines angeschlagenen Immobilienkonzerns zu bedienen. Hinzu kommt, dass angesichts der finanziellen Probleme bei Signa keine weiteren Bau- und Investitionsruinen in der Stadt riskiert werden dürfen. Der Baustopp des Hamburger Elbtowers aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten ist hier mahndes Beispiel. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich der Signa-Konzern von weiteren seiner Berliner Projekte trennen wird, um Umsätze zu generieren. Der Verkauf des Hochhauses am Alexanderplatz wird kein Einzelfall bleiben. Das Land Berlin darf diese Art von Immobilienspekulation zulasten des Gemeinwohls, der öffentlichen Hand und einer sozialen Stadtentwicklung nicht unterstützen.

Der Senat wird zudem beauftragt, in Absprache und Kooperation mit den jeweiligen Bezirken gemeinsam zu eruieren, inwiefern für Signa-Projekte in Berlin alternative Nutzungs- und Baukonzepte entwickelt werden müssen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.

Begründung

Ob Insolvenzanträge, Korruptionsermittlungen, Milliardenverluste, Baustopps oder drohende Bauruinen – die Entwicklungen rund um den Signa-Konzern und seine Tochterunternehmen in den letzten Wochen und Monaten zeigen einmal mehr, dass Signa kein verlässlicher Partner ist, weder im Bereich Stadtentwicklung, noch wenn es um Kaufhäuser und Einzelhandel geht.

Die Kritik an der Verknüpfung von zeitlich begrenzten Zusagen für den Erhalt von Arbeitsplätzen mit städtebaulichen Planungsfestlegungen durch den Letter of Intent (LOI) zwischen Berliner Senat und Signa sowie der zum Konzern gehörenden Galeria Karstadt Kaufhof GmbH von 2020 war richtig und bestätigt sich durch die aktuellen Entwicklungen umso mehr.

Damals wie heute gilt: Es ist nicht im Interesse der Stadt und der Berliner*innen, Baurechte für Signa und seine Tochterunternehmen zu schaffen, die durch die Wertsteigerungen von Liegenschaften am Ende dazu dienen, einem offensichtlich angeschlagenen Immobilienspekulanten zusätzliche Renditen zu gewähren.

Signa geht es um die Versilberung der eigenen Immobilienbestände und um eine maximale Rendite. Dafür braucht der Konzern Baurecht. Stadtentwicklung darf sich aber nicht abhängig machen von fragwürdigen Geschäftsmodellen. Das Land Berlin darf diese Art von Immobilien-Geschäftsmodell daher nicht weiter unterstützen.

Berlin, den 7. November 2023

Jarasch Graf Schwarze Schmidberger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen